

Medienmappe

Der Zustand der Demokratie in Österreich

Gewaltenteilung und Pressefreiheit sind die Grundpfeiler jeder Demokratie. Sie zu garantieren ist die Aufgabe eines Rechtsstaats. Zivilgesellschaftliche Partizipation sowie die Pflege des Rechtsstaates wurden in letzter Zeit immer wieder auf die Probe gestellt, sei es durch Unterfinanzierung oder durch Angriffe auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Populismus und politische Einflussnahme nagen an der Vertrauenswürdigkeit der politischen Parteien.

Im Pressegespräch sollen aus juristischer, kommunikations-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Perspektive Einblicke in den aktuellen Zustand der österreichischen Demokratie gegeben werden und aktuelle Forschungsergebnisse vorgestellt werden.

Im Einzelnen sind folgende WissenschaftlerInnen vertreten:

- [ao. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell](#) (Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft | Universität Wien)
- [Univ.-Prof. Dr. Franz Merli](#) (Institut für Staats- und Verwaltungsrecht | Universität Wien)
- [Mag. Dr. Martin Schürz](#) (FH BFI Wien | Universität Wien)
- [Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ruth Simsa](#) (Institut für Soziologie und Empirische Sozialforschung | Wirtschaftsuniversität Wien)
- [Prof.ⁱⁿ \(FH\) Dipl.-Pol.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Stefanie Wöhl](#) (Europäische Wirtschaft- und Unternehmensführung | FH BFI Wien)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz.](#)

Statements der ExpertInnen

ao. Univ.-Prof. Dr. **Fritz Hausjell** (Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft | Universität Wien)

Gefährdungen der Aufgaben von Medien in der liberalen Demokratie

Demokratie braucht starke unabhängige Medien, die als wesentliches Element der Infrastruktur einer demokratischen Gesellschaft in der Lage sein müssen, umfassend zu informieren und zudem die Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber allen relevanten Bereichen einer Gesellschaft wahrzunehmen. Verschiedene Entwicklungen in letzter Zeit schwächen – unabsichtlich oder mit Absicht – die Leistungsfähigkeit von Medien:

- Die Regierung hat mit öffentlichen Mitteln die politische PR vervielfacht. Die Opposition verfügt über keine vergleichbaren Ressourcen, wodurch der Transport von Sichtweisen auf die Leistungen der Regierung direkt via Social Media sowie indirekt über klassische Medien sehr einseitig zugunsten der Regierenden ausfiel.
- Der Strukturwandel in der Medienbranche - Digitalisierung, Online-Gratismedien und Abschöpfung eines Großteils der Onlinewerbung durch US-Konzerne - haben klassische Medien sehr stark geschwächt; die Redaktionen sind personell erheblich verkleinert und können nur mehr bedingt durch journalistische Recherche den Blick hinter die Öffentlichkeitskonstruktionen der Regierungs-PR aber auch der PR-Bemühungen anderer gesellschaftlicher Bereiche freilegen; Medienförderung als eine mögliche Antwort blieb ein Fremdwort der letzten Regierung.
- Die Regierungswerbung ist kein Ersatz für Medienförderung. Sie wurde weiter intensiviert. Für die Vergabe von Werbeaufträgen der Ministerien gibt es nach wie vor keine nachvollziehbare Kriterien, die Kommunikationsziele und Medienstreupläne sind nicht öffentlich. Manche Medien klagen, dass Werbeaufträge der Regierung als Disziplinierungsinstrument gegen kritisch berichtende Medien eingesetzt werden.
- Durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ ist der Druck auf Medien erheblich gestiegen. Im Ranking der internationalen NGO „Reporter ohne Grenzen“ hat Österreich innerhalb eines Jahres fünf Ränge eingebüßt und liegt nun nicht mehr im weißen, tadellosen Bereich der Medienfreiheit.
- Die Regierung hat keine europäische Perspektive im Bereich der Medienpolitik entwickelt, sondern suchte die Lösung auf nationalstaatlicher Ebene, indem öffentlich-rechtlicher und privatwirtschaftlicher Rundfunk zu Liaisonen im digitalen Bereich angeregt werden. Das verschärft lediglich die ohnedies hohe Medienkonzentration und wird die Versäumnisse im digitalen Sektor nicht lösen helfen.

Univ.-Prof. Dr. **Franz Merli** (Institut für Staats- und Verwaltungsrecht | Universität Wien)

Gefährdungen der Demokratie

Demokratie braucht öffentliche Diskussion, Machtverteilung und kommunikative Gegenmacht zur Regierung. Verschiedene Entwicklungen in letzter Zeit schwächen – gewollt oder ungewollt – diese Voraussetzungen:

- Der Verfassungsdienst der Bundesregierung, ihr „juristisches Gewissen“, wurde degradiert.

- Die öffentliche und parlamentarische Diskussion von Bundesgesetzen findet oft nur mehr eingeschränkt statt, weil Begutachtungen umgangen oder erschwert und wesentliche Inhalte erst ganz am Schluss des Verfahrens eingebracht werden.
- Minister und Ministerinnen beantworten parlamentarische Anfrage immer wieder nicht ausreichend.
- Die Regierungsmitglieder schotten sich durch Generalsekretäre und aufgeblähte Kabinette vom Sachverstand und auch der Kontrolle der Beamtenschaft ab.
- Es gab Versuche, behördliche Information kritischen Medien nur mehr eingeschränkt zur Verfügung zu stellen.
- Die unabhängigkeitsfördernde Gebührenfinanzierung des ORF wird in Frage gestellt.
- Fragen zu strittigen Themen wurden aus der aktuellen Mikrozensus-Umfrage gestrichen.
- Die Regierung will die Informationsarbeit der Statistik Austria kontrollieren.
- Die Finanzierung des VKI ist nicht mehr gesichert.
- Die Rechtsberatung im Asylverfahren wird verstaatlicht.
- Die Vergabe von Forschungsmitteln aus staatlichen Quellen soll stärker zentralisiert werden.
- Der Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank will nur mehr wirtschaftswissenschaftliche Forschung fördern.

Mag. Dr. Martin Schürz (Lektor FH BFI Wien | Universität Wien)

Transparenz und Rechenschaftspflicht – unumgängliche Bedingung einer vernünftigen Wirtschaftspolitik in einer Demokratie

Wirtschaftspolitik benötigt hinreichend gute Daten zu den Finanzen privater Haushalte. Während die Arbeitseinkommensdaten wissenschaftlichen Qualitätskriterien genügen, ist die Situation bei Vermögenseinkommen und privatem Vermögen nicht so. Es gibt keine administrativen Daten zu Vermögen (die Vermögenssteuer in Österreich wurde in den 1990er Jahren abgeschafft) und die Forschung ist auf die statistischen Ergebnisse freiwilliger Haushaltserhebungen angewiesen. Solche Befragungen kämpfen jedoch mit Teilnahme- und Antwortverweigerungen, insbesondere von vermögenden Menschen.

Die Politik ist gefordert, Transparenz hinsichtlich der Vermögensverhältnisse herzustellen, damit eine demokratische Rechenschaftspflicht gewährleistet ist. Notwendige Bestandteile hierbei wären, politische Bemühungen zu einem globalen Vermögensregister, wie es Gabriel Zucman vorgeschlagen hat, und ein Armuts- und Reichtumsbericht, wie es ihn in Deutschland schon längere Zeit gibt.

Insbesondere eine Steuerpolitik ohne Wissen, wer wieviel an Einkommen bezieht und wer wieviel an Vermögen hat, verdeckt mögliche Interessenskonflikte in der Bevölkerung. Die Effekte von Politikmaßnahmen auf Vermögen, Einkommen, Konsum können dann in der Öffentlichkeit nicht rational fundiert debattiert werden.

Univ.-Prof.ⁱⁿ Drⁱⁿ **Ruth Simsa** (Institut für Soziologie und Empirische Sozialforschung |
Wirtschaftsuniversität Wien)

Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft

Autoritäre Regime entstehen immer seltener durch Militärputsch oder andere Formen massiver Gewalt, sondern in einem schleichenden Prozess oft kleiner Schritte. In diesem Prozess sind die kritische Zivilgesellschaft und unabhängige NGOs oft unter den ersten Zielen autoritärer Parteien. An der Wirtschaftsuniversität Wien wurde in Kooperation mit der Interessenvertretung gemeinnütziger Organisationen eine empirische Erhebung über die Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft in den letzten fünf Jahren in Österreich durchgeführt. Im Fokus stehen das allgemeine politische Klima in Bezug auf die Zivilgesellschaft, Demokratie und Partizipation, Grundrechte und Finanzierung. Die Studie zeigt, dass sich in einem schrittweisen Prozess hin zu Rechtspopulismus und autoritärem Vorgehen der vorangegangenen Regierung das allgemeine politische Klima in Bezug auf die Zivilgesellschaft, deren Möglichkeit der politischen Partizipation, und Strukturen der öffentlichen Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen geändert haben. Es gibt klar beobachtbare Tendenzen, das kritische Potenzial der Zivilgesellschaft sowie ihre Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen einzuschränken.

Informationen über die ExpertInnen

ao. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell ist außerordentlicher Professor sowie stellvertretender Leiter des Instituts für Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen unter anderem auf Journalismusforschung, Medien- und Kommunikationspolitik und Öffentlich-rechtlicher Rundfunk.

Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft
Universität Wien
Währinger Straße 29, 1090 Wien
E-Mail: fritz.hausjell@univie.ac.at

Univ.-Prof. Dr. Franz Merli ist Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt auf Österreichischem und europäischem Verfassungs- und Verwaltungsrecht.

Institut für Staats und Verwaltungsrecht
Universität Wien
Juridicum, Stiege I und II, 6. Stock, Schottenbastei 10-16, 1010 Wien
E-Mail: franz.merli@univie.ac.at

Mag. Dr. Martin Schürz ist Lektor an der Universität Wien, am FH Campus Wien und der FH BFI Wien. Der Fokus seiner Forschung liegt auf Vermögensforschung. Er ist Autor des im Herbst 2019 veröffentlichten Buchs „Überreichtum“.

E-Mail: martinschuerz1@gmail.com

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ruth Simsa ist Professorin am Institut für Soziologie und Empirische Sozialforschung der Wirtschaftsuniversität Wien sowie die wissenschaftliche Leitung des Kompetenzzentrums für Nonprofit-Organisationen, WU-Wien.

Institut für Soziologie und Empirische Sozialforschung
Wirtschaftsuniversität Wien
Gebäude D4, 3. Stock, Welthandelsplatz 1, 1020 Wien
E-Mail: ruth.simsa@wu.ac.at

Über Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

„*Science not silence*“ gab die Bewegung *March for Science* im Jahr 2017 als Motto gegen das Abwerten wissenschaftlicher Erkenntnisse und gegen die Verbreitung „alternativer Fakten“ aus. Das Ziel einer evidenzbasierten Politik droht verloren zu gehen. Immer häufiger bauen politische Argumente auf beliebigen Behauptungen auf, die sich nicht selten als falsch herausstellen. Mehr noch: Wissenschaftlich vielfach bestätigte Erkenntnisse über den Klimawandel, das Bildungssystem, die soziale Ungleichheit u.v.m. werden von einigen gesellschaftspolitischen AkteurInnen geleugnet.

In dieser Situation treten wir dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse ihre Bedeutung für den öffentlichen Diskurs und für politische Entscheidungen (wieder)erlangen. WissenschaftlerInnen sind heute verstärkt aufgerufen, sich mit ihrem Wissen aktiv einzubringen. Eine zivilgesellschaftliche Initiative zur Unterstützung engagierter WissenschaftlerInnen und zum Transfer kritischen Wissens wird daher dringend benötigt.

Sie soll als neue Schnittstelle zwischen Wissenschaft und öffentlicher Debatte zur Erreichung folgender gesellschaftspolitischer Zielsetzungen beitragen:

- Erhalt und Erweiterung der Demokratie,
- Sicherung und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit,
- Sozial-ökologischer Umbau,
- Geschlechtergerechtigkeit und Anti-Diskriminierung,
- Verringerung sozialer und politischer Ungleichheit.

Kontakt für Rückfragen:

Dr. Alexander Behr // +43 650 3438378
Nina Spurny, BA MA // +43 660 343735 9
Verein Diskurs. Das Wissenschaftsnetz
office@diskurs-wissenschaftsnetz.at
Rooseveltplatz 2, 1090 Wien

Notizen: